

Umweltgruppe Cottbus e.V., Straße der Jugend 94, D-03046 Cottbus  
*wobswětowa kupka Chóšebuz, droga młožiny 94, D-03046 Chóšebuz*

Rundfunk Berlin-Brandenburg  
Gremiengeschäftsstelle

Masurenallee 8-14  
14057 Berlin

Cottbus/Chóšebuz, den 15.11.2019

### **Beschwerde an den Rundfunkrat des RBB**

Sehr geehrte Mitglieder des RBB-Rundfunkrates,

die Sendung „Braunkohle - geht Klimaschutz vor Kumpelschutz?“, aus der Reihe „Wir müssen reden!“, die am 12.09.2019 live vom Cottbuser Altmarkt ausgestrahlt wurde, <https://www.rbb-online.de/wirmuessenreden/videos/kohleausstieg.html> verletzt aus unserer Sicht klar die Standards, die öffentlich-rechtlicher Rundfunk einhalten muss.

Er muss nach § 3 des Rundfunkstaatsvertrages sicherstellen, „dass die Vielfalt der bestehenden Meinungen in der Gesamtheit seiner Angebote ausgewogen und angemessen Ausdruck findet.“ und hat dabei einen „objektiven und umfassenden Überblick“ über das Geschehen zu geben.

Dies war bei der genannten Sendung nicht der Fall. Dass der Erfüllung des Auftrages aus dem Rundfunkstaatsvertrag

1. Einschüchternde Stimmung und Gefährdung der Sicherheit der Teilnehmer\*innen
2. Unausgewogene Wort- und Videobeiträge
3. Mediale Belohnung fehlender Dialogbereitschaft
4. Tendenziöse Fragestellungen
5. Verbreitung falscher Tatsachenbehauptungen und
6. Irreführende Einladung von Experten

entgegenstanden, wird im Folgenden im Einzelnen nachgewiesen.

Der RBB muss dringend prüfen, ob die von der Fremdfirma „Schneider kommuniziert GmbH“ verantwortete Art und Weise der Reihe „Wir müssen reden!“ die politische Debattenkultur gefährdet, indem Menschen emotional aufeinander gehetzt werden.

## 1. Einschüchternde Stimmung und Gefährdung der Sicherheit der Teilnehmer\*innen

Der polarisierende Titel und die Ankündigung der Sendung haben zahlreiche Anwesende offenbar dazu ermutigt, militant und gewaltbereit aufzutreten.

Der Dialog wurde demonstrativ dadurch verweigert, dass Redebeiträge Andersdenkender durch Rufe und Trillerpfeifen übertönt wurden. Die aggressive Stimmung war geeignet, Menschen, denen die Erfahrung mit solchen Situationen fehlt, davon abzuschrecken, ihre Meinung zu vertreten.

Anwesende beschreiben die Stimmung als Pogromstimmung und weitgehend identisch mit derjenigen auf den fremdenfeindlichen Demonstrationen von „Zukunft Heimat“ in Cottbus.

Ein Anwesender schildert das von ihm erlebte so:

*„Die Einspieler sowie alle Fragen - egal, ob im Internet, an die Menge oder an Einzelpersonen waren extrem polarisierend gestellt mit dem Narrativ: Kohle oder Klimaschutz. Solch ein Versuch der Polarisierung mag für manch eine kleine Talkshowrunde (mit Politprofis, die sonst keine konkreten Aussagen machen) hilfreich sein.*

*In einer Menschenmenge in der gerade*

*i) ein "Mob" von 20 uniformierten Männern mit Trillerpfeifen und Schildern mit Verunglimpfungen von Personen eine Veranstaltung gesprengt hat,*

*ii) andere Personen, die sich für die Natur und Menschen der Lausitz seit Jahrzehnten einsetzen als "Vaterlandsverräter" angeschrien werden und*

*iii) Personen auf Situationen im Einspieler, wo eine alte Frau erzählt, dass, wenn sie ihr Haus verlassen muss, sie als Ausweg nur einen Strick sieht, als Kommentar bringen "also wir hätten da einen"*

*kann dies auch der letzte Funke sein, der das Pulverfass irgendwann zum Explodieren bringt.“*

(Dr. Pao-Yu Oei, Technische Universität Berlin, E-Mail an die Redaktion vom 13.09.2019)

Tatsächlich kam es auch zu Rempelen, um Andersdenkende zu verdrängen oder zum Schweigen zu bringen. Eine Teilnehmerin der Veranstaltung hatte als Antwort auf kohlefreundliche Sprechchöre einen kohlekritischen Sprechchor anstimmen wollen und wurde daraufhin tätlich angegriffen. Sie hat nach der Veranstaltung eine Strafanzeige gestellt und sich auch an den Verein Opferperspektive gewandt, der den Vorfall auf seiner Internetseite auflistet:

<https://www.opferperspektive.de/rechte-angriffe/chronologie-rechter-angriffe/cottbus-114>

Wie viele Anwesende entsprechende Äußerungen in dieser Situation gar nicht erst versuchten, kann nur vermutet werden.

Ausreichende Maßnahmen des Veranstalters zum Schutz vor Übergriffen auf Andersdenkende gab es offensichtlich nicht.

## 2. Unausgewogene Wort- und Videobeiträge

Im Verlaufe der Sendung kam die kohlefreundliche Seite des Podiums (Lachmann, Steinbach) elf mal zu Wort, die kohlekritische (Krischer / Hensel) acht mal. Ein sehr eindeutiges Missverhältnis gab es dagegen bei den Wortbeiträgen des Publikums, wo elf mal den Kohlebefürwortern und nur zwei Mal Kohlekritikern das Wort erteilt wurde. Dabei wurden Kohlebefürworter teilweise gezielt aufgrund ihres Abstimmungsverhaltens befragt. Das Verhältnis kann also nicht versehentlich entstanden sein.

Die im Publikum stehende und als Kohlebefürworterin bekannte Spremberger Bürgermeisterin Christine Herntier wurde von der Moderatorin vorgestellt und kam sogar zweimal im Verlauf der Sendung zu Wort.

Beide zu Wort kommenden Kohlekritiker wurden spontan ausgewählt. Von den mindestens fünf Kohlekritikern, die auf persönliche Einladung der Redaktion anwesend waren (siehe unter 6.),

erhielt dagegen kein einziger das Wort, obwohl sie sich regelmäßig durch das Heben der Karte meldeten.

Nachdem zwei Videoeinspielungen zu Beginn der Sendung jeweils Befürworter und Kritiker und ihre Sorgen vorgestellt hatten, widmete sich eine dritte dem Trauma des Arbeitsplatzverlustes in den 1990er Jahren insbesondere im Bezug auf die Kohle. Dadurch gab es bei den Einspielungen bereits ein Übergewicht zugunsten der Kohle.

Der nach diesem Film befragte RBB-Redakteur Andreas Rausch wiederholte lediglich Argumente der Pro-Kohle-Seite auf überschaubarem journalistischen Niveau („Viele von denen, die heute über Kohleausstieg reden, die müssen auch erzählen, wo der Strom herkommt, wenn man aus der Kohle aussteigt.“) und suggerierte eine Gleichsetzung des bevorstehenden Kohleausstiegs mit dem Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft Anfang der 1990er Jahre („Die Leute haben es einmal erlebt und sie haben jetzt große Angst, dass sie es nochmal erleben.“). Dass die Größenordnungen der betroffenen Beschäftigten, der jetzt deutlich längere Zeitraum und das Umfeld (Arbeitskräftemangel in zahlreichen Branchen) eine Wiederholung der damaligen Probleme (Massenarbeitslosigkeit) praktisch ausschließen, fand keine Erwähnung. Auf diese Weise wurde der RBB-Redakteur zur zwölften Pro-Kohle-Wortmeldung. Angesichts der persönlichen Beschimpfung durch die von Pro-Kohle-Aktivisten gezeigten Plakate kann das nur als Geste der Unterwürfigkeit seitens des Senders gegenüber den Störungen und Verunglimpfungen verstanden werden.

### **3. Mediale Belohnung fehlender Dialogbereitschaft**

Zu Beginn der Sendung wurde das Livepodium in einer nicht angemeldeten Demonstration gestürmt. Sie drängelten Teilnehmer und Mitwirkende zur Seite, um sich in das Zentrum des Bildes zu stellen und beschimpften dabei insbesondere den RBB und die an der Sendung beteiligten Journalisten als „Die Zombies vom RBB“. Die anschließende Vorstellung der Podiumsteilnehmer wurde ebenso mit Trillerpfeifen übertönt wie mehrere Wortbeiträge insbesondere von Herrn Krischer. Mit einem Transparent wurde über zehn Minuten die Videoleinwand verdeckt, auf der die vorbereiteten Filmbeiträge für die Anwesenden sichtbar sein sollten.

Bei dieser Aktion kann es sich nicht um eine spontane Unmutsbekundung Betroffener gehandelt haben. Vielmehr wurde hier eine professionell vorbereitete Inszenierung aufgeführt, die das Sendungsformat bewusst missbraucht hat.

Diese demonstrative Verweigerung des Dialogs wurde anschließend von den Moderatorinnen und Redakteur Andreas Rausch belohnt, wie unter 2 beschrieben. Damit hat der RBB einen Anreiz zur Verrohung der politischen Kultur geschaffen.

Der polarisierende Titel und die Ankündigung der Sendung haben zudem dazu geführt, dass dem Zuschauer ein verfälschtes Bild der Lausitzer Gesellschaft vermittelt wurde. Gezeigt wurde eine Lausitz, in der man niedergebrüllt und angerempelt wird, wenn man kritisch zur Kohlenutzung steht. Das ist nicht nur kontraproduktiv für die Gewinnung dringend benötigter Fachkräfte, es entspricht auch nicht der Wahrheit. Gezeigt wurden zahlreiche wütende Befürworter des Kohleabbaus und vergleichsweise wenige aktive Kritiker. Tatsächlich gehört eine große Mehrheit der Lausitzer Bevölkerung keiner von beiden Gruppen an.

### **4. Tendenziöse Fragestellungen**

#### **„Kohleausstieg: Geht Klimaschutz vor Kumpelschutz?“**

Mit dieser Fragestellung als Sendungstitel und Online-Abstimmung wird suggeriert, dass ein fairer Umgang mit den Kohlebeschäftigten beim Ausstieg aus der Braunkohle grundsätzlich unmöglich ist.

### **„Kohleausstieg 2038 oder 2030?“**

Diese Frage wurde bereits in der Eingangsmoderation zum Thema der Sendung erhoben und die Meinung der Anwesenden abgefragt, ohne zuvor irgendwelche Informationen zu liefern, was das jeweilige Enddatum für die Lausitz konkret bedeutet.

Bei einem schrittweisen Ausstieg aus der Kohlenutzung ist der letzte Schritt (das Enddatum) zwangsläufig der unbedeutendste – das gilt sowohl für die Summe der CO<sub>2</sub>-Emissionen, als auch den Kohlebedarf und die damit noch abzubaggernde Fläche sowie für den Bedarf an Arbeitskräften und Zulieferern. Entscheidend ist der Ausstiegspfad, der besagt, in welchen Schritten welche Kraftwerke vom Netz gehen.

Die Auffassung, dass es auf schnelle erste Schritte stärker ankommt, als auf ein frühes Enddatum, konnten Anwesende in der Abstimmung nicht deutlich machen. Dabei ist diese Sicht nicht nur wissenschaftlich fundiert, sondern entspricht auch der Beschlusslage der kohlekritischen Bürgerinitiativen in der Lausitz. Sie konnten ihre Position dazu aber nicht erklären, sondern wurden für bundesweite Äußerungen von Parteien und großen NGOs zum Enddatum vereinnahmt.

In der bundesweiten Diskussion mag das Enddatum als Symbol für mehr oder weniger ambitionierte Ausstiegspfade möglicherweise überall dort eine begrenzte Berechtigung haben, wo es nicht um konkret betroffene Kraftwerksstandorte geht. Eine Diskussion in der und über die Lausitz auf das Enddatum zu konzentrieren, geht dagegen meilenweit am Thema vorbei.

So ist eine der drängendsten Fragen für die Region, wann und in welchen Schritten das Kraftwerk Jänschwalde vollständig außer Betrieb geht. Nach dem Bericht der WSB-Kommission liegt dieser Zeitpunkt zwischen 2023 und 2030 und wurde auch seit dem Bericht nicht näher konkretisiert. Damit fehlt der Region auch beim Enddatum 2038 jede Planungssicherheit. Dass die Laufzeit des größten Kraftwerkes in der brandenburgischen Lausitz nicht mit dem Enddatum der Kohleverstromung identisch ist, wurde den Zuschauern gar nicht erst mitgeteilt. Ohne weitere Vorkenntnisse musste deshalb der völlig falsche Eindruck entstehen, alle Lausitzer Kohlekraftwerke würden unvermindert entweder bis 2030 oder bis 2038 weiterlaufen.

Diese falsche Fragestellung führt auch zu einer verzerrten Wahrnehmung der handelnden Akteure. Tatsächlich wird in den nächsten Monaten der EPH-Konzern als Eigentümer der Lausitzer Kraftwerke mit der Bundesregierung darüber verhandeln, für welchen Stilllegungszeitpunkt er welche finanzielle Entschädigung erhält und möglicherweise daran das Ende des Kraftwerkes Jänschwalde ausrichten. Dass auf diese Weise derzeit zwei tschechische Milliardäre mehr Einfluss auf die Entwicklung in der Lausitz haben als die brandenburgische Landesregierung, wurde dem Zuschauer vorenthalten. Korrekt zu vermitteln, wer welche Entscheidung trifft, ist als Grundvoraussetzung für politische Meinungsbildung Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Stattdessen hat er sich daran beteiligt, die Rolle der Milliardäre Křetinský und Kellner zu verschweigen und zur Ablenkung Menschen in der Region emotional aufeinander gehetzt.

In der direkt betroffenen Region ist eine differenziertere Diskussion über die Schritte des Ausstieges und die handelnden Akteure unbedingt geboten, wenn soziale und ökologische Folgen sachgerecht dargestellt werden sollen.

Die Frage wurde zudem auch tendenziös anmoderiert und gestellt:

*„bleibt es bei dem mühsam ausgehandelten Kompromiss und bleibt es bei 2038? (...) Soll es beim Kohleausstieg 2038 bleiben, wenn wir mal davon ausgehen dass das der momentan spätmöglichste Zeitpunkt ist ? (...) Wer ist denn unbedingt für einen früheren Ausstieg aus der Braunkohle?“*

### **„Würdigt dieser Kohleausstieg, wie er im Moment auf dem Tisch liegt, die Lebensleistung der Kohlemitarbeiter ausreichend?“**

Es handelt sich um eine klassische Suggestivfrage, mit der die Antwort „nein“ jedem nahegelegt wird, der sich nicht bereits intensiv inhaltlich mit dem Kohlekompromiss beschäftigt hat. Mit dem auf dem Tisch liegenden Kohleausstieg ist dabei offenbar der Bericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung gemeint. Es ist davon auszugehen, dass

allenfalls ein Bruchteil der Anwesenden diesen Bericht gelesen hatte und inhaltlich bewerten konnte.

Es wäre deshalb notwendig gewesen, an die mit Bezug zur Fragestellung wesentliche Inhalte des Berichtes zusammenzufassen. Er enthält sehr ausführliche Passagen über die betroffenen Regionen und die Beschäftigten der Braunkohlenwirtschaft, die komplett verschwiegen wurden. Auch wurde nicht daran erinnert, dass die drei in der Kommission mitwirkenden Vertreter der Gewerkschaft dem Bericht zugestimmt haben und IGBCE-Chef Vasiliadis sogar ausdrücklich sagte, er sei „zufrieden“ mit dem Ergebnis.

Dies alles hätte eine Videoeinspielung und eine Expertenbefragung liefern können, die ja tatsächlich direkt vor der entsprechenden Abstimmung stattfanden. Beides bediente jedoch einseitig einen Opfermythos der Kohlebeschäftigten. (siehe unter 2.)

Bemerkenswert ist, dass eine vergleichbare öffentliche Diskussion um die „Leistungsleistung“ der Beschäftigten anderer Branchen nicht geführt wurde und wird, etwa bei Forstreformen, Strukturwandel in der Landwirtschaft oder Abbau von Arbeitsplätzen in der Windkraftbranche.

## **Gelingt nach dem Kohleausstieg ein Neuanfang in der Lausitz?**

Die Frage geht unreflektiert davon aus, dass „die Lausitz“ bisher tatsächlich mehr oder weniger vollständig von der Braunkohle abhängig wäre. Tatsächlich ist das nicht der Fall: Als Arbeitsgrundlage für die Kohlekommission hatte das Bundeswirtschaftsministerium die Studie „Erarbeitung aktueller vergleichender Strukturdaten für die deutschen Braunkohleregionen“ erstellen lassen.

<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/endbericht-rwi-erarbeitung-aktueller-vergleichender-strukturdaten-deutsche-braunkohleregionen.html>

Sie sieht zwar in der Lausitz eine größere Abhängigkeit von der Braunkohle als in den zwei anderen deutschen Kohlerevieren. Mit 3,3 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die direkt, indirekt oder induziert von der Braunkohlenwirtschaft abhängig sind, liegt der Wert jedoch weit unter den von der Fragestellung suggerierten Abhängigkeit.

Dabei wurden sogar noch umstrittene Effekte eingerechnet, wie die von der Energiepolitik völlig unabhängigen Beschäftigten der staatlichen Sanierungsgesellschaft LMBV.

<https://www.kein-tagebau.de/index.php/de/aktuell/370-kohlekommission-darf-nicht-auf-falscher-zahlengrundlage-arbeiten>

## **5. Verbreitung falscher Tatsachenbehauptungen**

Ein von den Moderatorinnen befragter Bergarbeiter führte aus:

*„Letztes Jahr fielen 600 Jobs weg, indem der erste Block in Jänschwalde rausging in die sogenannte Sicherheitsbereitschaft. Dieses Jahr folgt der zweite Block. Das sind wieder 600 Arbeitsplätze, die irgendwo wegfallen. Es gibt bisher keine adäquate Lösung, diese 1.200 Arbeitsplätze in Summe aufzufangen.“*

Richtig ist stattdessen, dass nach den Angaben der LEAG selbst sechshundert Arbeitsplätze durch die Sicherheitsreserve beider Blöcke, und zwar mittelfristig wegfallen.

*„Vor allem auf den Personalbedarf und unsere Systemdienstleistungen für das Stromnetz hat die Sicherheitsbereitschaft mit insgesamt 1000 MW, die wir am Kraftwerksstandort Jänschwalde in Reserve stellen und schließlich stilllegen müssen, gravierende Auswirkungen. So werden wir über alle Unternehmensbereiche hinweg in Summe etwa 600 Stellen in den nächsten Jahren nicht neu besetzen und weniger Systemdienstleistungen wie Regelleistung oder Minutenreserve anbieten können.“*  
(Pressemitteilung LEAG vom 03.05.2018)

Die Angaben der LEAG („etwa“) sind dabei praktisch nicht überprüfbar, so dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass auch diese Zahl noch überhöht ist.

Eine Richtigstellung der Behauptung von 1.200 sofort weggefallenen Arbeitsplätzen erfolgte durch die Moderatorinnen nicht und Anwesenden, die das richtigstellen wollten, wurde nicht das Wort erteilt.

Von darauf nach der Sendung angesprochenen RBB-Mitarbeitern wurde die Auffassung vertreten, es gehe nicht um korrekte Zahlen, sondern um die Stimmung der Menschen. Dem ist zu entgegen, dass die Vorstellung der Menschen von der Größenordnung eines Problems direkten Einfluss darauf hat, für wie beherrschbar sie es halten und dadurch die Stimmung wesentlich mitgeprägt wird. Die Anzahl von Menschen (etwa bei der Amtseinführung eines amerikanischen Präsidenten) ist nicht zufällig der Ursprung des Begriffes „alternative Fakten“, sondern weil damit immer wieder versucht wird, Stimmung zu machen. Eine Verdopplung betroffener Arbeitsplätze in der öffentlichen Debatte darf der öffentlich-rechtliche Rundfunk deshalb nicht unwidersprochen lassen.

## 6. Irreführende Einladung von Experten

Die mit der Vorbereitung der Sendung beauftragte Firma „Schneider kommuniziert GmbH“ hat zahlreiche Akteure und Experten in irreführender Weise zur Sendung eingeladen, indem jedem der Eindruck vermittelt wurde, er würde dort seine Position durch Redebeiträge darstellen können. Hier nur einige Beispiele, von denen wir zufällig Kenntnis erhalten haben:

- Eingeladen wurde unter anderem Dr. Pao-Yu Oei als Vertreter einer Forschungsgruppe der TU Berlin. Er reiste extra für die Sendung nach Cottbus an, kam aber nicht zu Wort. („Da ich Sie vor allem gerne im letzten Sendungsabschnitt zu Wort kommen lassen möchte ... Es geht um einen Bürgerdialog, sprich es wird keine Podiumsdiskussion sein - sondern eine offene. Heißt, jeder hat die Chance etwas zu sagen, nicht alle werden in einer 60minütigen Sendung gehört werden. Dennoch plane ich Sie als Ansprechpartner für - wie oben beschrieben - vor allem den letzten Teil der Sendung ein.“ - E-Mail der Schneider kommuniziert GmbH an Dr. Pao-Yu Oei, 10.09.2019)
- Angefragt waren auch Umweltverbände mit Sitz in Hamburg wie Robin Wood, für welche die Anreise noch aufwändiger gewesen wäre.
- Auch der Vertreter der Bürgerinitiative Klinger Runde hatte nach der Anfrage das Gefühl, ihm sei ein Redebeitrag zugesagt worden und verbreitete das mit der Ankündigung im E-Mail-Verteiler der Initiative. („Mit dem zuständige Redakteur habe ich einen Redebeitrag vereinbart.“- E-mail 10.09.2019) Auch Herrn Burchardt wurde nicht das Wort erteilt.
- Ähnliches gilt für Anton Kröber von Fridays for Future Cottbus und Wolfgang Domeyer von Greenpeace Cottbus

Konkret am Beispiel der Einladung von René Schuster von der GRÜNEN LIGA soll nachgewiesen werden, dass hier hochrangige Experten systematisch mit Vortäuschung falscher Tatsachen als Statisten angeworben wurden:

- Herr Schuster wurde von der Firma „Schneider kommuniziert GmbH“ mehrfach angerufen, um ihn für die Teilnahme an der Sendung zu gewinnen. Er musste damit den Eindruck gewinnen, dass seine Redebeiträge den Veranstaltern wichtig sind.
- Erst auf E-Mail-Nachfrage wurde ihm mitgeteilt, dass andere bei dem Gespräch den „Innenkreis“ bilden sollen. Zugleich wurde ihm mitgeteilt: „Das "je mehr Gäste desto..." soll sich eher auf den Unterstützerkreis beziehen. (...) Da kann dann, wie Sie richtig feststellen, nicht jeder etwas sagen, aber dafür gibt es ja die RedeführerInnen.“ - E-Mail 09.09.2019 So entstand zwangsläufig bei Herrn Schuster der Eindruck, mit „RedeführerInnen“ sei unter anderem er gemeint.
- Da seit 1. September aufgrund einer Klage von Deutsche Umwelthilfe und GRÜNE LIGA der Tagebau Jänschwalde stillsteht, war es zudem völlig abwegig anzunehmen, dass

ein Vertreter der GRÜNEN LIGA eingeladen werden sollte, ohne ihn zu Wort kommen zu lassen.

Angesichts des hier Aufgezählten kann es sich nicht um ein zufälliges Missverständnis handeln. Vielmehr betreibt die Firma „Schneider kommuniziert GmbH“ eine systematisch irreführende Anwerbung der Diskussionsteilnehmer. In der oben bereits zitierten E-Mail an Dr. Pao-Yu Oei heißt es „Wir haben rund 100 Bürgerinnen und Bürger aus Politik, Umweltschutz, Wirtschaft und Wissenschaft angefragt.“ Es ist offensichtlich, dass diese nicht alle zu Wort kommen können, dennoch wurde jedem genau das zugesagt oder zumindest suggeriert. Der Brief zahlreicher Naturschutz- und Landnutzerverbände an den RBB nach der Sendung zur Wolfsproblematik zeigt, dass dies auch bereits bei früheren Sendungen der Fall war:

*„Sehr bedauerlich war auch, dass viele von uns ihre Terminpläne kurzfristig zu Gunsten des rbb umstrukturiert hatten und dann nicht einmal zu Wort kamen.“* (Schreiben des BUND Landesverband Brandenburg e.V., Die Naturfreunde Landesverband Brandenburg e.V., GrüneLiga Landesverband Brandenburg e.V., International Fund for Animal Welfare, Landesarbeitsgemeinschaft der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbesitzer in Brandenburg e.V., Landesbauernverband Brandenburg e.V., Landesjagdverband Brandenburg e.V., NABU Landesverband Brandenburg e.V., Ökologischer Jagdverein Brandenburg e.V., Schafzuchtverband Berlin-Brandenburg e.V. an den RBB vom 26.06.2019, bezogen auf „Wir müssen Reden“ vom 13.6.2019)

Dieses Verheizen hochrangiger Experten als Statisten schadet nachhaltig dem Ruf des RBB bei wichtigen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteuren.

Aus den sechs ausgeführten Gründen sollte der RBB das Sendungsformat ebenso wie die Eignung der Firma „Schneider kommuniziert GmbH“ grundsätzlich überprüfen.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Martin Kühne  
Umweltgruppe Cottbus e.V.  
Erster Sprecher